

03. Oktober 1889 - 130. Geburtstag Carl von Ossietzky (gest. 04. Mai 1938)

11. Oktober 1944 - Vor 75 Jahren wurde der führende KPD-Funktionär und aktive Antifaschist Ernst Schneller im KZ Sachsenhausen ermordet.

26. Oktober 1994 - Vor 25 Jahren Abschluß eines Friedensvertrages Israel-Jordanien

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

10. Ausgabe / 29. Jahrgang

15. Oktober 2019

Wir stehen zusammen

Halle (Saale)
09.10.2019



DIE LINKE.Halle ist bestürzt über die heute in unserer Stadt und im Umkreis begangenen Verbrechen. Wir gehen davon aus, dass die Behörden alles dafür tun, die Geschehnisse vollständig aufzuklären. Wir solidarisieren uns mit der jüdischen Gemeinde in Halle und werden auch weiterhin für das demokratische Miteinander in unserer Stadt eintreten. Unser Mitgefühl gehört den Opfern und deren Angehörigen. Wir hoffen, dass alle Verletzten wieder vollständig genesen.

Der Oberbürgermeisterkandidat Hendrik Lange erklärt zum 9. Oktober 2019:

In diesen Stunden der Gewalt und Verunsicherung sind meine Gedanken und mein tiefes Mitgefühl bei den Opfern und ihren Angehörigen. Ich bin erschüttert und traurig über die feige, menschenverachtende und brutale Tat. Ich danke der Polizei und den Einsatzkräften für ihre Arbeit. Jetzt gilt es solidarisch an der Seite der jüdischen Gemeinde zu stehen und jede Form des Antisemitismus klar zu verurteilen.

Neben der jüdischen Gemeinde wurde auch ein Dönerimbiss Anschlagziel und der Verdacht eines rechtsextremistischen Hintergrunds erhärtet sich. Jeder Form des Antisemitismus und Rassismus muss unsere Gesellschaft entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Alle demokratischen Kräfte müssen mehr denn je gegen diese Entwicklung zusammenstehen. Es ist unsere Aufgabe, Menschen in unserer Gesellschaft zusammenzuführen und ein friedliches, respektvolles Miteinander zu fördern.

»Antisemitismus darf in unserer Gesellschaft keinen Millimeter Platz haben«

Von Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Die Berichte aus Halle machen unendlich traurig und wütend. Am höchsten jüdischen Feiertag ein Anschlag auf jüdisches Leben in Deutschland – ekelhaft! Antisemitismus darf in unserer Gesellschaft keinen Millimeter Platz haben. Jetzt ist der Moment für Trauer und Anteilnahme. Dann folgen die Ermittlungen der Polizei. Danach muss in Politik und Gesellschaft ein klares Zeichen gegen Hass, Hetze und widerwärtige Verbrechen gesetzt werden.

Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, erklärte am Tag nach dem Anschlag:

Nach dem Terror von Halle stellen sich Fragen: Wo bleiben eigentlich die Krisenstäbe? Wo sind die Fahndungsplakate nach untergetauchten Rechtsterroristen? Wann nehmen Bundesregierung und Sicherheitsbehörden die Recherchen und Warnungen der Initiativen ernst? Wie viele zu 'Alarmzeichen' bagatellierte Opfer braucht es noch? Wann hört das automatisierte Gerede von Einzeltätern auf, wenn über das Umfeld noch gar nichts bekannt ist? Wann endet endlich die elendige Gleichsetzung von links und rechts? Und wann setzt der Staat ein klares Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und rechten Terror? Die Zeit der Verharmlosung muss ein Ende haben.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen – Solidarität mit der jüdischen Gemeinde

Zu dem mutmaßlich antisemitischen Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) mit mindestens zwei Todesopfern erklären der Fraktionsvorsitzende, Thomas Lippmann und der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Stefan Gebhardt:

»Unsere Augen sind in diesen Stunden der Gewalt und extremer Verunsicherung auf Halle gerichtet. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Wir stehen solidarisch an der Seite der jüdischen Gemeinde - in Halle und überall.

Fest steht: Die gut besuchte Synagoge am heutigen Yom Kippur war Ziel eines Anschlages. Offenbar war zumindest einer der Täter mit einer Kamera ausgestattet, um seine Taten zu filmen, so wie es zum Beispiel auch der Attentäter von Christchurch tat. Neben der jüdischen Gemeinde wurde auch ein Dönerimbiss Anschlagziel. Sollte sich der Verdacht eines antisemitischen Anschlages bestätigen, müssen wir von einer neuen Dimension antisemitischen Terrors ausgehen. Diese entschieden zu verurteilen reicht nicht mehr aus, dieser Radikalisierung in unserer Gesellschaft muss entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. Alle demokratischen Kräfte sind mehr denn je aufgefordert, gegen diese Entwicklung zusammenzustehen.

Egal welcher Traditionslinie Antisemitismus folgt - er braucht den entschiedenen Widerspruch der Gesellschaft und jedes Einzelnen. Er muss politisch geächtet und bekämpft werden. Diejenigen, die von Antisemitismus betroffen sind, müssen mit ihren Ängsten endlich ernst genommen und besser geschützt werden, sowohl durch adäquate Maßnahmen der Sicherheitsbehörden als auch durch gesellschaftliche Solidarität.«

Oberbürgermeisterwahl Halle, 2019

Wir gratulieren Hendrik Lange, dem Kandidaten der Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu 25,17 % der Stimmen. Danke an alle Wählerinnen und Wähler. Damit hat er die Stichwahl am 27. Oktober 2019 erreicht. Jetzt gilt es nocheinmal alle zu mobilisieren, um die Wahl zu gewinnen.

„... wir wussten damals vom Faschismus nicht genug!“

Diese Worte im Redebeitrag einer Pfarrerin auf der Demo gegen die AfD-Kundgebung auf dem Hallmarkt am 22.05.2019 wurmten mich sehr, zumal sie nicht 1933 meinte, wie ich zunächst annahm, sondern 2019! Aber nüchtern betrachtet: hat sie nicht doch recht, wissen wir wirklich genug?

Schon damals stieß mich ab, dass der Kampf gegen Rechts immer mehr der Jugend überlassen wird, die dann um den Ü-Wagen ausgelassen feiern, was oft dem Ganzen den Anschein einer großen Party gibt, und dieses stößt die älteren Generationen ab. Aber ich meine, im Kampf gegen den Faschismus brauchen wir alle Menschen!

Nun war am 24.08.2019 in Dresden die Großdemo zur Verhinderung einer weiteren Erstarkung der AfD in Sachsen. Und wieder sah ich nur zumeist junge Menschen in unseren Reihen. Am Ende traf ich noch die „Omas gegen Rechts“ aus Hamburg, außer mir (rechter Arm in Gips, Geburtsjahr 1965) war ein wenigstens Ü-40-jähriger Genosse der Linken mit dabei gewesen, natürlich unsere Gisela vom VVN-BdA ...

Als ich eine Genossin unserer Partei fragte, wieso gemeint würde, Demos gegen Rechts wären für ältere nichts mehr, bekam ich von einer anderen trotz der Hinweise von mir, dass man dort längs der Straßen Bänke zum Ausruhen und auf der Wiese auch Sitzmöglichkeiten finden konnte, und man statt dem Bus doch mit der Bahn fahren kann, wo man sich schon beim Umsteigen öfter bewegen muss, die harsche Antwort: „man könne nicht verlangen, dass man im Alter von 78 Jahren an Demos teilnimmt, und wenn man das nicht einsieht, ist man ich bezogen.“

Also, da sprechen wir wohl verschiedene Sprachen! Verlangt habe ich gar nichts! Ich habe lediglich gefragt. Ich glaube keiner kann wohl erwarten, dass sich Menschen in diesem hohen Alter an Demos beteiligen. Und

wenn die Genossin meint, ich würde es, irrt sie aber gewaltig. Aber ich wünsche mir so sehr, dass die über 30, 40, 50-jährigen Genossen unserer Partei endlich mehr präsent sind, denn wenn es uns nicht gelingt, die 30-50-jährigen in der Bevölkerung für uns zu gewinnen, haben wir im Kampf gegen Rechts verloren. Denn das sagte schon ein Bürger am Stand von „Halle gegen Rechts“ am 25.05. „Auch wenn es gut und richtig ist, das Verhalten der Jugendlichen bei der Demo (hier war der 22.05. gemeint), schreckt es die Mehrzahl der Bürger ab, und wenn die Linke dies nicht in den Griff bekommt, wird sie abgestraft werden!“

So sehe ich das. Wie gesagt, es ist keine „Forderung“, sondern jeder muss selber entscheiden, wie weit er, gesundheitlich und altersmäßig, im Kampf gegen Rechts gehen kann.

Simone Schneider

Die RLS Sachsen-Anhalt lädt ein:

08.11. Freitag 17:30 Uhr

Themenabend Soziale Bewegungen, gemeinsame Veranstaltung mit Solidaridad e. V., Goldene Rose, Rannische Str. 19, 06108 Halle (Saale)

17.30 Uhr Workshop „Demo kit“

Workshop zum kreativen Straßenprotest – gemeinsames Transparente und Plakate basteln

18:30 Uhr Kurzfilm und Gespräch „Ausbeutung und Widerstand im Plastikmeer“ mit den Interbrigadas aus Berlin

19.30 Uhr Inputvortrag „Soziale Bewegungen unter Druck – Brasilien unter Bolsonaro“

20.30 lateinamerikanisches Buffet

Ab 21 Uhr Konzert Felix Laros (Singer Songwriter), Konzert Radio Willoh (lateinamerikanische Boleros), Radio Corax DJ Team Glück und Musik

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
10.10.2019
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 07.11.2019

Aus der letzten Stadtratsitzung am 25.09.2019

Es sollte wieder eine lange Sitzung werden.

Das „Hauptthema“ der Stadtratsitzung war die Diskussion um das Konsolidierungskonzept der Stadt, bereits im August stand es schon einmal auf der Tagesordnung des Stadtrates und wurde von dort in den Finanzausschuss und Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

Zur Erinnerung: Das Landesverwaltungsamt hat die Stadt Halle (Saale) beauftragt, ein Konsolidierungskonzept zur schrittweisen Rückführung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite zu erstellen. Dieses Konzept sollte bis zum 30. September beschlossen werden.

Gewarnt wurde seitens der Verwaltung, dass bei Nichtbestätigung des Konzeptes der Haushalt 2020 nicht bestätigt werden würde und damit notwendige Investitionen und Fördermittelauszahlungen gefährdet wären.

In den Fachausschüssen wurde das Konzept mehrheitlich abgelehnt, im Stadtrat vertagt. Die Stadt Halle muss ca. 200 Milliarden Euro tilgen. Der Weg dafür soll nach Auffassung der Stadt Halle (Saale) über neue, langfristige Kredite laufen. Dabei sollen vor allem die günstigen Rahmenbedingungen für Kredite ausgenutzt werden. Jährlich müsste die Stadt Halle 8.8 Mio Euro dann tilgen. Woher aber diese 8.8 Millionen genommen werden sollen, ist noch nicht bekannt gegeben worden.

Und das genau erzürnte die Stadträte in der Stadtratsitzung.

Ohne zu wissen, an welchen Stellen die „Stellschrauben“ im Haushalt angesetzt werden sollen, will man kein Konzept beschließen.

Die Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, CDU und MitBürger & DIE PARTEI haben in den Stadtrat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Er wurde auch beschlossen.

Damit wurde der OB beauftragt, beim Landesverwaltungsamt zu erwirken, dass die Erstellung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis zum 31. 12. 19 ausgesetzt wird. Weiterhin wurde der OB beauftragt, mit dem Land Sachsen-Anhalt Gespräche zu führen mit dem Ziel, sich über zeitliche und finanzielle Rahmenbedingungen für die Erstellung eines Haushaltskonzeptes zu verständigen, auch mit anderen betrof-

fenen Kommunen.

Weiterhin sollte eine Arbeitsgruppe einberufen werden, in der je ein Vertreter der Fraktionen und der Beigeordnete für Finanzen zusammenarbeiten. Diese Arbeitsgruppe soll die Positionen der Stadt Halle erarbeiten.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2020 soll im Oktober in die Stadtratsitzung eingebracht werden.

Wir warten nun mit Spannung auf die Einbringung des Haushaltes 2020 im Oktober!

Und im Dezember spätestens sollte dann ein Haushaltskonsolidierungskonzept bestätigt werden.

Eine Vielzahl von Anträgen musste beraten und entschieden werden. Unser Antrag zur Entwicklung einer autofreien Altstadt wurde zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Wir fordern in dem Antrag, dass kurz-, mittel- und langfristige Ziele und Maßnahmen aufgeführt werden, die eine schrittweise Umsetzung dieses Hauptzieles zur Folge haben. Dazu gehören natürlich auch Parkraumalternativen, die geschaffen werden müssen. Unser Ziel des Antrages: unsere Altstadt zu einem Gebiet mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität zu schaffen. Das es hierzu im Ausschuss noch viele Diskussionen geben wird, ist gewiss!

Unser Antrag zur Erarbeitung eines Sporthallenkatasters, der zum einen Auskunft geben sollte über die Beschaffenheit der Sporthallen in der Stadt Halle (Saale) und damit auch die Möglichkeit einer zielgenaueren Vermietung an Sportvereinen verbessern sollte, wurde leider abgelehnt.

Unser Antrag zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements wurde ebenfalls in die Ausschüsse verwiesen.

Inhalt dieses Antrages ist, eine zentrale Stelle innerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, die Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum vornimmt und vor Ort mit einem allparteilichen Ansatz präsent ist. In der Stadt München wird dieses Allparteiliche Konfliktmanagement gut angenommen.

Das Anliegen von Bürger*innen soll aufgenommen werden und schnell gelöst werden, das Miteinander soll so gestaltet werden.

Ute Haupt



Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Telefon 0391 /7 32 48 40
Telefax 0391 /7 32 48 48

lgst@dielinke-lsa.de
www.dielinke-lsa.de

Spenden
Deutsche Bank AG
Konto-Nr. 118 825 901
BLZ 810 700 24

Magdeburg, 20. September 2019

MEETeinander – Einladung zum Mitgliedertreffen am 19. Oktober 2019

Liebe Genossin, lieber Genosse,

unsere Partei lebt von und mit ihren Mitgliedern. Wir haben jedoch die Erfahrung gemacht, dass viele Mitglieder in unseren Kreisverbänden oder Ortsverbänden zwar herzlich willkommen sind, oft für diese aber Strukturen und Möglichkeiten noch recht unübersichtlich sind. Vielleicht hast Du aber auch Fragen, Vorstellungen oder Wünsche, die Du bisher nicht loswerden konntest.

Deshalb laden wir Dich sehr herzlich zu unserem landesweiten

**Mitgliedertreffen am Samstag, 19. Oktober 2019 ab 11:00 Uhr in Magdeburg
„Alte Viehbörse“ (Zum Handelshof 3)**

ein.

Bei diesem Mitgliedertreffen möchten wir mit euch nicht nur über linke Politik sprechen, sondern in Workshops gemeinsam diskutieren und aktiv werden. Es wird verschiedene Möglichkeiten geben mit der Arbeit und dem Umfeld in der Partei auf Tuchfühlung zu gehen.

Darüber hinaus wollen wir die Gelegenheit für ein gegenseitiges Kennenlernen nutzen und gemeinsam ab 18.00 Uhr bei einem Live-Konzert feiern.

Für Rückfragen steht Dir unsere Landesgeschäftsstelle zur Verfügung. Du kannst sie folgendermaßen erreichen: Telefon: 0391 / 7 32 48 40, e-mail: lgst@dielinke-lsa.de

Wir freuen uns darauf, Dich an diesem Tag begrüßen zu können und hoffen auf eine interessante Diskussion und einen erfahrungsreichen Tag.

Mit solidarischen Grüßen

Stefan Gebhardt
Landesvorsitzender

Sabine Krems
Landesgeschäftsführerin



29. Nov. 2019 - Diakoniewerk Halle/Saale
**Die extreme Rechte bekämpfen
 in Zeiten des Rechtsrucks**
 Fachtag der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt
 & der Fraktionsvorsitzendenkonferenz DIE LINKE.



15:45 Uhr - 16:15 Uhr Impuls

„WIE KOMMEN WIR ZU PROGRESSIVEN MEHRHEITEN GEGEN DEN RECHTSRUCK?“

Kristina Vogt, DIE LINKE
 Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (Bremen)

16:30 Uhr - 18:00 Uhr - Panel II

„WAS TUN? WAS BRAUCHT DER KAMPF GEGEN RECHTS?“

Abschlusspanel:

David Begrich, Arbeitsstelle Rechtsextremismus, Miteinander e.V.

Fritz Burschel, NSU-Watch / Rosa-Luxemburg-Stiftung

Henriette Quade, MdL, DIE LINKE
 Stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, im Landtag von Sachsen-Anhalt

Vertreter_in von *der rechte rand* magazin von und für antifaschist*innen

Moderation:
Heike Kießner

29.11.19 ab 11:00 Uhr Diakoniewerk Halle
 Lafontainestraße 15, 06114 Halle (Saale)

Die Räumlichkeiten der Diakonie sind weitestgehend barrierefrei. Bitte teilen Sie/teilt uns spezifische Bedarfe mit, wie insbesondere rollstuhlgerechter Zugang zum Workshop oder Gebärdendolmetschen.

Um Anmeldung bis zum 01.11.19 wird gebeten:
 Telefon +49391/560-5005
 christiane.berger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Eine Veranstaltung von
DIE LINKE.
 Fraktion im
 Landtag von Sachsen-Anhalt
 und
DIE LINKE.
 Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Ausschlussklausel: Die Veranstalter_innen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu den Veranstaltungen zu verwehren oder von diesen auszuschließen. Das gilt ebenso für Personen, die rechtsradikale Symbolik und Bekleidungsmarken zur Schau stellen.

U.S.G. Dr. Ingrid Müller - Foto: Gregor Schürmann / dpa, Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
 Design: Kai, 2019, Ausgabe: Saalekreis 03/19/2019, Foto: Design und Layout: René Eber

Programm

11:00 Uhr Anreise

11:15 Uhr Begrüßung

Thomas Lippmann, MdL, DIE LINKE
 Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, im Landtag von Sachsen-Anhalt

Rico Gebhardt, MdL, DIE LINKE
 Vorsitzender der Fraktionsvorsitzendenkonferenz DIE LINKE

Henriette Quade, MdL, DIE LINKE
 Stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, im Landtag von Sachsen-Anhalt

11:30 Uhr - 13:00 Uhr - Panel I

„IM BUND, IN ÖSTERREICH, AUF DER STRASSE - AKTUELLE ENTWICKLUNGEN VON RECHTS“

Anetta Kahane, Amadeu Antonio Stiftung

Jerome Trebing, Rechtsextremismusexperte

Katharina König-Preuss, MdL, DIE LINKE
 Sprecherin für Antifaschismus DIE LINKE, Fraktion im Landtag von Thüringen

Moderation:
Henriette Quade, MdL, DIE LINKE

13:00 Uhr - 13:45 Uhr Mittagspause / Essen

14:00 Uhr - 15:30 Uhr Workshops

1) Die „Neue Rechte“, AfD und die „Identitären“

Wien, Berlin, Schnellrods - einige Orte der neu-rechten Netzwerke sind oft zu lesen. Doch wie hängen sie zusammen? Und was macht die „Neue Rechte“ wirkmächtig? Der Workshop gibt einen Überblick.

Torsten Hahnel, Miteinander e.V.

Jerome Trebing, Rechtsextremismusexperte

2) Stabil bleiben, eine antifaschistische LINKE

Wie können Parlamentarier_innen antifaschistische Kämpfe unterstützen? Und wie bleibt DIE LINKE stabil? Ein Workshop zu Antifaschismus in der Praxis einer linken Partei.

Katharina König-Preuss, MdL, DIE LINKE

Henriette Quade, MdL, DIE LINKE

3) Die unkämpfte Zivilgesellschaft und der (vor-)politische Raum

Die gesellschaftlich-politische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten gerät zunehmend unter Druck, nicht zuletzt durch die AfD. Wie kann sie erfolgreich sein, was brauchen die Akteur_innen? Halten sie durch?

Anne Mehrer, Regionales Beratungsteam / Bundesverband Mobile Beratung, Miteinander e.V.

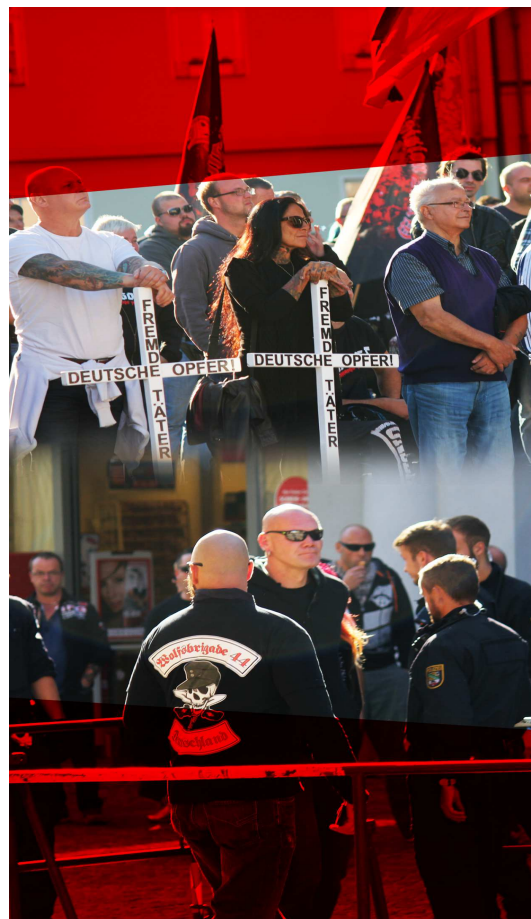
Valentin Hacken, Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage

4) Von der Querfront zum Brandanschlag - Antisemitismus als Essential

Der Weg von den Mahnwachen 2014 zu PEGIDA und deren Ablegern bis zu den Anschlägen auf Unterkünfte von Geflüchteten: Antisemitismus als Verbindung zwischen „Friedensbewegten“, extrem Rechten und der „Mitte“.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus - RIAS (angefragt)

Jüdisches Forum (angefragt)



Die Schatten der Diktatur sind lang

Solange es im Kalten Krieg um die Zurückdrängung des kommunistischen (oder auch allgemein linken) Einflusses ging, spielten die ansonsten gern und viel beschworenen westlichen Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten in der Bewertung durch die westliche Staatengemeinschaft – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle. So operierten z.B. in den 1970er und 1980er Jahren mit Unterstützung der USA unter dem Codenamen Operation Condor (OC) länderübergreifend die Geheimdienste von sechs lateinamerikanischen Ländern: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay. Fast alle beteiligten Länder wurden zu Beginn der Geheimoperation von Militärdiktaturen oder rechtsautoritären Regimen regiert. Das Ziel der OC bestand darin, linke politische und oppositionelle Kräfte weltweit zu verfolgen und zu töten. Diesen staatsterroristischen verdeckten Operationen fielen nach bisherigem Stand der offiziellen Ermittlungen sowie der Auswertung von seit 1992 bekannt gewordenen Dokumenten mindestens 200 Personen zum Opfer. Eine weitaus größere Zahl Opfer ist jedoch auf direkte Maßnahmen der nationalen Regierungen gegen ihre eigenen Bürger zurückzuführen: allein in Argentinien gelten etwa 30.000 Menschen als dauerhaft verschwunden. Und auch in Chile war die Folge des mit Hilfe der USA durchgeführten faschistischen Militärputschs am 11. September 1973 die Errichtung einer der blutigsten Diktaturen der Gegenwartsgeschichte. In den 17 Jahren der Pinochet-Diktatur wurden 200.000 Bürger zum Exil gezwungen, in mindestens 40.000 Fällen brutale Menschenrechtsverletzungen begangen. Nach dem Bericht der „Comisión Rettig“, der Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Diktaturverbrechen, wurden 27.153 Oppositionelle unrechtmäßig verhaftet und gefoltert sowie 2.297 Widerstandskämpfer ermordet. Weitere 1.102 Personen gelten nach wie vor als „verschwunden“; vermutlich über hundert davon auf dem Boden der ehemaligen deutschen Sektensiedlung „Colonia Dignidad“ (CD), die den Putschisten als Folterbasis diente. All dies führte im Fall der Bundesrepublik Deutschlands nicht zum Ende der Zusammenarbeit oder gar einer Isolation der Diktatur. Stattdessen wurden die Kontakte des BND zu chilenischen Geheimdiensten oder zur CD ausgeweitet. Die OC endete in den einzelnen Ländern jeweils mit

deren Übergang zur Demokratie. Eine wirksame juristische Aufarbeitung dieser Verbrechen kam erst vor wenigen Jahren schleppend in Gang und dauert bis heute an. Anders als in Deutschland, wo es eine lange und unselige Tradition der Zusammenarbeit bundesdeutscher Stellen mit lateinamerikanischen Diktaturen gibt, die bislang hierzulande eine Strafverfolgung verhinderte, werden die Diktatur-Verbrechen in Italien ernst genommen und dort auch juristisch verfolgt. So verurteilte die italienische Justiz am 8. Juli 2019 zwei Dutzend ehemalige Politiker und Militärangehörige aus Uruguay, Bolivien, Chile und Peru zu lebenslangen Haftstrafen. Sie wurden für schuldig befunden, im Rahmen der OC an der Entführung und Ermordung von 23 italienischen Staatsbürgern in Südamerika beteiligt gewesen zu sein. Und am 4. Juni 2019 wurde der deutsch/chilenische Doppelstaatler Walter Klug Rivera in Parma aufgrund eines chilenischen Interpol-Haftbefehls festgenommen. Klug, während der Pinochet-Diktatur Major in der chilenischen Armee und Agent des Militärgeheimdienstes SIM, leitete nach dem Putsch ein Gefangenenerlager. 2014 verurteilte ihn der Oberste Gerichtshof in Chile wegen Beteiligung an Entführung, Folterung und Tötung von 23 Arbeitern eines Wasser-Kraftwerks im Jahr 1973 in der Nähe von Los Angeles im Süden Chiles rechtskräftig zu zehn Jahren und einem Tag Haft. Wie Hartmut Hopp, die frühere Nummer Zwei der CD, konnte sich Klug vor Haftantritt in die Bundesrepublik absetzen, von wo aus er als deutscher Staatsangehöriger nicht nach Chile ausgeliefert wird, und sich so der Haftstrafe entziehen. In Italien wird nun eine Auslieferung an Chile geprüft.

Einfacher wäre es, wenn sich die deutsche Justiz endlich für die strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen der Diktaturzeit interessieren würde und hierzulande untergetauchte Täter selbständig verfolgen würde. Doch davon sind wir weit entfernt. Seit den 1960er Jahren gab es zwar mehrere Ermittlungsverfahren, die jedoch allesamt eingestellt wurden. Mutmaßliche Täter, die aus Chile nach Deutschland übersiedelten, bleiben hierzulande auch 46 Jahre nach dem Militärputsch, der den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende stürzte und das erste Experiment des Aufbaus eines demokratischen und pluralistischen Sozialismus blutig beendete, straflos.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Oktober Geburtstag haben.



So lehnte das Oberlandesgericht Düsseldorf im Herbst 2018 den Antrag Chiles auf Haftvollstreckung im Fall von Hartmut Hopp in letzter Instanz ab. Hopp, der 2011 in Chile rechtskräftig zu 5 Jahren Haft wegen Beihilfe zum sexuellen Missbrauch an 16 Kindern verurteilt worden war, muss seine Haftstrafe also auch in Deutschland nicht verbüßen. Eigenständige Ermittlungen der deutschen Justiz gegen ihn stellte die Staatsanwaltschaft Krefeld im Mai 2019 ein, weil ihrer Meinung nach kein hinreichender strafrechtlicher Tatverdacht begründet werden könne. Weder eine Beihilfe zu Sexualstraftaten an Minderjährigen durch Sektenführer Paul Schäfer, noch die Beihilfe zur Tötung von drei Studenten 1976 in Chile hätten sich durch Hinweise erhärten lassen, so Oberstaatsanwalt Axel Stahl. Mal abgesehen davon, dass überhaupt erst nach einer Anzeige der Menschenrechtsorganisation „European Center for Constitutional and Human Rights e.V.“ (ECCHR) gegen Hopp hierzulande ermittelt wurde, verzichtete die Staatsanwaltschaft auch weitestgehend darauf, Zeuginnen und Zeugen zu vernehmen. Die Berliner Anwältin Petra

Schlagenhauf, die einige Opfer der Sekte vertritt, kritisiert seit langem, dass die in der CD begangenen Straftaten nicht ausreichend untersucht und von ihr benannte aussagewillige Betroffene und Zeugen nie persönlich vernommen worden. Über ihre Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens wurde noch nicht entschieden. Für Myrna Troncoso, die 76-jährige Vorsitzende eines Angehörigenverbandes von verschwundenen politischen Gefangenen, deren Bruder Ricardo damals verschwunden ist, war die Einstellung des Verfahrens ein harter Schlag und sie fordert „Wahrheit, Gerechtigkeit und auch Erinnerung. Denn wir haben nichts – nicht einmal die Gewissheit darüber, wer in der Colonia Dignidad umgebracht wurde.“ Und die Zeit drängt. Adriana Bórquez, eine der Überlebenden der Folter in der deutschen Siedlung, deren Berichte entscheidend zur Aufdeckung der Verbrechen beigetragen haben, ist bereits im Juli 2019 verstorben. DIE LINKE im Bundestag wird daher weiter Druck machen, damit die Opfer endlich Gerechtigkeit erfahren.

Jan Korte, MdB

Schutz unserer Demokratie - so nicht!

Pressemitteilung Europaabgeordneter Helmut Scholz (DIE LINKE.)

Das Europäische Parlament hat heute über eine Resolution zur Einmischung des Auslands in Wahlen und zur Desinformation in demokratische Prozesse abgestimmt. Helmut Scholz, verfassungspolitischer Sprecher der Delegation, kommentiert die Abstimmung:

„Wir müssen das demokratische Funktionieren unseres Rechtsstaats vor äußeren Einflüssen und Desinformationskampagnen schützen, sonst wird das gesellschaftliche Zusammenleben untergraben.

Daran ist nicht zu rütteln.

Die heutige Resolution des EPs wird jedoch gerade diesen Schutz in keiner Weise verbessern. Mit ihr wird eher das demokratische Verständnis instrumentalisiert. Auch im auswärtigen Handeln der EU gegenüber Drittstaaten.“

„Nicht nur die gegenseitigen Vorwürfe von Einmischungen in Wahlen, sondern auch der Brexit und die Skandale um Cambridge Analytica und Facebook zeigen deutlich, dass Demokratie bedroht ist.

Der Einfluss der sozialen Medien auf die Politik wächst täglich. Durch fehlende Regeln werden leider immer öfter Lügen gestreut, Panik gemacht, Menschen manipuliert.

Die zunehmende rechtsextreme Gewalt zeigt, wozu diese Manipulation im schlimmsten Fall führen kann. Wir müssen ein Gleichgewicht finden zwischen der Meinungsfreiheit in den sozialen Medien und dem Schutz unserer Demokratie.

Das lässt die heutige Entschließung aus.“

„Wir brauchen reale Lösungen für die Stärkung von Demokratie und die Ablehnung jeglicher Versuche ihrer Aushöhlung. Deshalb haben wir diese Resolution einstimmig abgelehnt.“

Post von Lene

Liebe Linke,
du lieber Himmel, jetzt wollen insgesamt acht (!) Leute in Zukunft Oberbürgermeister von Halle sein. Damit sie alle bekannt werden, lassen sie sich in der Zeitung und bei so genannten Podiumsdiskussionen ausfragen. Da sitzen sie dann auf einer Bühne und müssen Fragen beantworten. Sicher habt ihr euch genau so wie ich gefreut, weil unser Kandidat Hendrik Lange viel Beifall vom Publikum bekommen hat. (Da habe ich bei Halle TV zugeguckt). Den Herrn Wiegand, der noch mal für die nächsten sieben Jahre Oberbürgermeister werden will, fand ich im Gegensatz zu Hendrik ganz schön überheblich. Ihm soll oft egal gewesen sein, was die Mitglieder des Stadtrates für eine Meinung zu seinen Vorstellungen und auch Taten hat (habe ich bei meinen Eltern erlauscht.) Und das hat mich ziemlich empört, denn die Stadträte sind ja schließlich als Mitbestimmer von den Hallensern gewählt worden. Der Stadtrat ist so eine Art Hohes Haus wie in Berlin und Magdeburg, eben bloß für unsere Stadt. Also, wir als LAL (die heimliche Koalition von meinen Kumpels Leo und Anton und mir, der Lene) werden tüchtig mithelfen, wenn es an das Verteilen von Flyern (das sind Flugblätter auf Englisch) in die Briefkästen in unserer Straße geht. Meine Eltern sagten mir, dass viele ältere Linke zwar Russisch in der Schule hatten, dafür aber kaum Englisch wie wir.
Opa hat mir versprochen, dass er mir was auf Russisch sagen will, damit ich mal höre, wie toll die Sprache klingt. Auch soll die russische Schrift anders aussehen als unsere und die englische oder französische. Und meiner Oma, die auch Russisch kann, habe ich abgeluxt, dass sie für mich mal einen Text auf Russisch aufschreiben, vorsprechen und übersetzen will. Dabin ich aber gespannt. Vielleicht können wir das als LAL mal trainieren und in unserer Klasse ein bisschen so tun, als ob wir was davon verstehen und uns heimlich eins ins Fäustchen lachen. Ich habe euch ja schon mal geschrieben, dass ich gern in den Zeitungen meiner Eltern und Großeltern rumstöbere und dabei so manches entdecke, was ich nicht so richtig

kapiere oder was mich auch so manches Mal total empört. Na, dann frage ich halt meine Leute aus und lasse es mir erklären.

Da habe ich vor kurzem im ND einen Artikel mit der Überschrift: „Ost-West-Kluft bei Arbeitszeit und Verdienst“ entdeckt. Das hat mich natürlich interessiert, weil ja am 3. Oktober der Tag der Einheit mit großem Tamtam in Kiel mit Frau Merkel und den anderen Obrigkeiten aus Berlin begangen worden ist. Nun sind es schon 30 Jahre, seit es diese Einheit gibt, und nach 30 Jahren gibt es immer noch Unterscheide bei der Arbeitszeit. Und das sieht z. B. bei Metallbetrieben so aus: im Westen, den nun steinalten Bundesländern, gibt es eine 35-Stunden-Arbeitswoche, aber in den nun auch schon ganz schön alten (immerhin 30 Jahre !!) Ostländern müssen die dort beschäftigten Menschen dagegen noch 38!! Stunden pro Woche auf Arbeit. Und das ist der Hammer: sie kriegen im gleichen Beruf und der gleichen Arbeits Erfahrung im Durchschnitt 16,9% weniger Lohn als im Westen. Der Chef unserer Fraktion im Hohen Haus in Berlin namens Dietmar Bartsch sagte dazu gegen über dem Redakteur des ND, dass er von der Bundesregierung einen Plan fordert, damit es bis spätestens 2025 gleiche Löhne für gleiche Arbeit geben soll. Mindestens 12 Euro pro Stunde sollten es sein.

Und dann habe ich noch was ganz Schreckliches erfahren. Es gibt in unserem reichen Deutschland Menschen, die nicht einmal ein Zimmer haben, in dem sie wohnen können. Bei großer Kälte schlafen sie unter Brücken oder unterirdischen Bahnstationen und erfrieren und verhungern auch, wenn ihnen nicht mit Decken oder Essen oder eine Möglichkeit zu Übernachten in so genannten Obdachlosenunterkünften geholfen wird.

Ich finde es furchtbar, dass es so etwas im reichen Deutschland noch gibt!

Tschüss

Eure Lene



Kinder und ihre sprachlichen Fertigkeiten

Jahn Kortés Pressemitteilung, die ich im „Linken Blatt“ vom 13. August gelesen habe, veranlasst mit zu einigen Bemerkungen zum Spracherwerb von Kindern. „Die Experten dafür, Kindern Deutsch beizubringen, sind und bleiben Deutschlehrerinnen und -lehrer.“ An dieser Stelle reizt es mich, etwas einzuwerfen, denn die eigentlichen Experten für die Kinder und deren sprachliche Fertigkeiten, die hier im Focus der Linnemann- Äußerungen standen, sind deren Eltern und Erzieher*innen. Viele Wissenschaftler sind der Auffassung, dass die ersten fünf Lebensjahre die entscheidenden für Weichenstellung im Leben eines Menschenkindes sind. Wenn es so ist, was muss in ihnen geschehen? Ganz einfach, die allgemeinen Begabungsmerkmale des Kindes müssen gefestigt werden: Konzentration, Ausdauer, Bewegungsfreude, Neugier, Fantasie, gutes Gedächtnis, Denk- und Redefähigkeit, Durchsetzungsvermögen und die Feinmotorik (z. B. durchs Malen). Allerhand Arbeit für Eltern und Erzieher*innen. Ich greife einmal die Denk- und Redefähigkeit heraus. Wenn es stimmt, dass das Gespräch die überzeugendste Kommunikationsform ist – mir ist jedenfalls keine anderslautende Studie bekannt –, die wir kennen, dann müssten Kinder und Erwachsene viel miteinander reden. Dazu kämen noch die bekannten monologischen Sprachfördermittel wie Vorlesen, Singen und Rezitieren am Kinderbett und anderswo, die die Kinder schon seit der 8. Lebenswoche an ihrem Sprachkonzept bauen lassen. Das belebt natürlich auch Fantasie, fördert Ausdauer und Konzentration. Noch eins wird so wirksam gefördert: das aufmerksame Zuhören. Alles gilt auch für Kinder mit Migrationshintergrund. Kinder lernen überhaupt sehr leicht, wenn man sich viel um sie kümmern kann. Ideal wäre freilich ein Personalschlüssel von 3:1 für Krippenkinder und 7:1 für die größeren; dahin müsste die Entwicklung gehen. Eltern sind da in der günstigeren Position, wodurch ihre Erziehungs- und Bildungsarbeit am nachhaltigsten werden könnte – in positiver wie in negativer Hinsicht. Um sie in die positive Richtung lenken zu können, müsste es für Eltern viel, viel mehr Unterstützung geben. Materiell – J. Korte sagt, wie das gehen könnte – wie ideell (pädagogisch/psychologisch durch Beratung oder durch Schulung, wenn gewollt, in Familienzentren beispielsweise). Aber auch für letzteres braucht man kompetente, einfühlsame Fachleute. Momentan fehlt es noch überall, wie

gehabt.

Auch mit der politischen Bildung unserer Schulkinder kann etwas nicht ganz rund gelaufen sein, wenn man bedenkt, dass so viele Wähler*innen bei den letzten Landtagswahlen AfD gewählt haben. Wenn es nur Protest wäre... In Frankreich beschäftigen sich schon die Grundschüler mit philosophischen Fragen. Das Fach heißt Philosophie. So geht humanistische politische und kulturelle Bildung.

Manche Erzieher beobachten, dass viele Kinder keine offenen Ohren haben. Wenn es so ist, dann sollte man sich fragen, woran das liegen könnte. Vielleicht werden die Sinne vieler Kinder akustisch und optisch überreizt? Es gibt Familien, in denen aus diesem Grunde kein Fernseher angeschafft wurde; sie benutzen die lebendige und viel buntere Natur als „Fernseher“. Deshalb sagt man wohl auch: „Die beste Erzieherin ist die Natur.“

Kürzlich habe ich in einen Fernsehbeitrag über Waldorfschulen hineingehört. Da war u. a. die Rede vom Epochenunterricht; da werden die Kinder drei Wochen lang intensiver in einem Fach – beispielsweise Deutsch – unterrichtet, dann ist ein anderes Fach an der Reihe. Die Frage ist, ob diese Art Unterricht wissens- und fertigkeitenvertiefend ist. Es gibt auch Pädagogen, die meinen, dass so Leserechtschreib- oder Rechenschwächen besser vorgebeugt werden könne. Die Kinder einer Waldorfschule lernen gemeinsam bis zur 12. Klasse. Über solche Erfahrungen kann man ja mal nachdenken, oder?

Vielleicht noch eine kleine Episode aus der Familie des Hirnforschers und Nobelpreisträgers Eric Kandel, auch nur mal zum Nachdenken. Auf die Frage eines Interviewers, wie man lernen könne, wie ein Nobelpreisträger zu denken, meinte er: Bei uns zu Hause wurden wir Kinder, wenn wir aus der Schule kamen, nicht gefragt: Wie war es in der Schule? sondern: Hast du heute in der Schule eine gute Frage gestellt? Kandel hält gute Fragen für besser als gute Antworten. Das kann man auch verstehen, denn gute Fragen haben einen hohen Mitteilungswert. – Das noch zum möglichen nachhaltigen Einfluss von Eltern auf ihre Kinder. Klar, nicht jeder muss oder kann ein Nobelpreisträger werden, aber jeder in seinem Bereich ein kleiner.

Lothar Waide,
Basisgruppe Heide-Nord

Strategiedebatte

Der Parteivorstand hat beschlossen, eine Strategiedebatte zu organisieren.

Höhepunkt wird eine Strategiekonferenz am 29. Februar und 1. März 2020 in Kassel sein.

Als Impuls für die Debatte hat der Parteivorstand eine Reihe von Fragen formuliert, die auf **strategiedebatte.die-linke.de**

nachgelesen werden können. Sie können ab sofort über die Mail-Adresse strategiedebatte@die-linke.de eingereicht werden. Die maximale Zeichenzahl für einen Beitrag beträgt 10.000 Zeichen incl. Leerzeichen. Es sind Diskussionsbeiträge von allen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten willkommen. Alle Beiträge, die bis zum 10. Januar 2020 eingehen, werden auf der Webseite veröffentlicht und zudem in einen Konferenzreader aufgenommen. Zur Teilnahme an der eigentlichen Konferenz sind alle Mitglieder eingeladen, die Konferenz wird zudem live ins Internet übertragen.

Die Ergebnisse der Konferenz sollen in den Leitantrag für den Bundesparteitag der LINKEN im Juni einfließen.

Sofortiges Waffenembargo gegen die Türkei verhängen

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, „Die Bundesregierung muss aus der Verurteilung des türkischen Einmarsches in Syrien Konsequenzen ziehen. Notwendig ist ein sofortiges Waffenembargo gegen die Türkei“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende und Abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Dagdelen weiter: „Der Angriffskrieg der Türkei ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Gewaltverbot in der UN-Charta und verletzt die territoriale Integrität und Souveränität Syriens. Die Aggression Ankaras muss vom UN-Sicherheitsrat verurteilt und Erdogan aufgefordert werden, den völkerrechtswidrigen Einsatz in Syrien sofort zu beenden. Statt Schmusekurs braucht es jetzt maximalen Druck auf die Türkei.

DIE LINKE fordert den Abzug der in der Region stationierten deutschen Soldaten. Die Bundeswehr darf in Erdogans Angriffskrieg und die geplante Vertreibung Hunderttausender Menschen aus dem syrischen Grenzgebiet nicht verwickelt werden.“

Solidarität mit Rojava

Nach Monaten der Drohung und Einschüchterung und nach der de-facto Zustimmung zum Einmarsch durch Trump führt der türkische Präsident Erdogan Krieg gegen die mehrheitlich kurdischen Gebiete im Norden Syriens (Rojava). Diese Aggression ist ein Bruch des Völkerrechts – die internationale Staatengemeinschaft – die EU und der Bundesregierung müssen aktiv werden und Erdogans Krieg stoppen.

Bei allen Problemen und auch Widersprüchen – in Rojava leben Menschen kurdischer, arabischer, turkmenischer, assyrischer, armenischer und jesidischer Herkunft weitgehend friedlich zusammen. Es steht für ein friedliches und würdevolles Leben der Menschen in der Region und widersetzt sich Krieg und Unterdrückung von allen Seiten.

Diese Menschen sind Opfer des Krieges in Syrien und haben zudem die Hauptlast der Kämpfe gegen den Islamischen Staat getragen. Dass diesen Menschen jetzt Tod und Vertreibung droht, ist nicht hinzunehmen. Die Politik der territorialen Ausdehnung Erdogans durch Krieg, seine Unterstützung islamistischer Gruppen und seine fortgesetzte Aggression gegen die Kurdinnen und Kurden, auch im eigenen Land, machen ein Weiter-so gegenüber Ankara unmöglich.

DIE LINKE steht an der Seite der Menschen in Rojava. Wir werden unseren

Protest nicht nur in den Parlamenten, sondern auch auf den Straßen und Plätzen laut äußern. Dazu gehört auch Druck auf die Bundesregierung. Es ist ein Skandal, dass deutsche Waffen für diesen Krieg benutzt werden. Spätestens jetzt braucht es einen absoluten Stopp von Waffenlieferungen Deutschlands und aller anderen NATO-Partner an die Türkei.

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schick mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:



Parteiivorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de V.i.S.d.P. Jörg Schindler

Die RLS Sachsen-Anhalt lädt ein: Montag, 04.11.19, 14:30 Uhr, Vortrag und Diskussion Großbritannien, die Europäische Union und der Brexit

mit Arne Lund (Hamburg)
im Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-
Straße 30, 06130 Halle

Kooperationsveranstaltung mit dem Humanistischen Regionalverband Halle-Saalkreis
Die Briten sind in der Frage des Brexit gespalten
er als je zuvor. Große Streitpunkte bleiben die irische Grenzfrage wie auch viele ungelöste wirtschaftliche Probleme. Das verunsichert die Bevölkerung, Lebenshaltungskosten steigen und es gibt teils gravierende Einschnitte im britischen Gesundheitswesen.



Einladung

Liebe Vereinsmitglieder, liebe Mandatsträger*innen, liebe kommunalpolitisch Interessierte, der „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V. lädt am **9. und 10. November 2019** zum diesjährigen Wochenendseminar in die Jugendherberge Naumburg ein.

Mit unserem Programm haben wir versucht, möglichst viele Wünsche von Euch/Ihnen zu erfüllen. Sowohl für die neu Gewählten als auch für die langjährig Tätigen sind hoffentlich Themen dabei.

Zischendurch und vor allem am Samstagabend ist Zeit für einen intensiven Gedankenaustausch in angenehmer Atmosphäre.

Sachkundige Referent*innen haben uns ihre Unterstützung zugesichert und freuen sich auf einen regen Dialog.

Wir laden Dich/Sie recht herzlich zu unserer Veranstaltung ein und bitten Dich/Sie, auch weitere Interessierte für unser Wochenendseminar zu begeistern.

Für Deine/Ihre Unterstützung bedanken wir uns im Voraus.

Wir freuen uns auf viele Teilnehmende und spannende Gespräche.

Mit freundlichen Grüßen

Marion Krischok

Vereinsvorsitzende

Für die Rundumverpflegung an diesen beiden Tagen ist wie immer gesorgt.

Selbstverständlich ist es auch möglich, nur einzelne Programmpunkte zu besuchen.

Es wäre schön, wenn die Anmeldung bis zum 1. November 2019 per E-Mail, Fax oder Anruf mitgeteilt wird.

Der Teilnahmebeitrag für dieses Wochenende beträgt 30,00 Euro.

Vereinsmitglieder zahlen 20,00 Euro.

Ohne Übernachtung reduziert sich der Preis auf 10,00 bzw. 5,00 €. Reisekosten können leider nicht übernommen werden.

**kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V.**

Ebendorfer Straße 3

39108 Magdeburg

Tel: 0391 732 48 57

Fax: 0391 732 48 58

Mail: info@kf-st.de

Kommunalpolitisches Wochenendseminar

9 - 10. November 2019

Jugendherberge Naumburg
Am Tennisplatz 9
06618 Naumburg



Ablauf



Sonabend, 9. November 2019

9:30 Uhr Ankommen, 10:00 Uhr Begrüßung

10:05 - 11:45 Uhr

Schulverbände, Thomas Lippmann (MdL)

11:40 - 12:00 Uhr

Kaffeepause

12:00 - 16:45 Uhr

Workshop 1 und 2

Mandatos - Kompetenz in digitaler Medienarbeit, Firma Somacos

Pressearbeit, Felix Knothe - Städtische Zeitung Halle (Saale)

13:00 - 14:00 Uhr

Mittagspause

17:00 - 18:30 Uhr

Rechte und Pflichten kommunaler Mandatsträger, Christina Buchheim (MdL)

18:30 Uhr

Abendessen

19:30 Uhr

Weinverkostung

Sonntag, 10. November 2019

09:00 - 10:30 Uhr

Doppelhaushalt mit Auswirkung auf die Kommunen, Swen Knöchel (MdL)

10:30 - 10:45 Uhr

Kaffeepause

10:45 - 12:00 Uhr

Dauerbrenner Kommunalabgaben,

Kerstin Eisenreich (MdL)

12:30 Uhr

Mittagessen und Abreise

**kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V.**

Ebendorfer Straße 3

39108 Magdeburg

Tel: 0391 732 48 57

Fax: 0391 732 48 58

Mail: info@kf-st.de

Jugendherberge Naumburg

Am Tennisplatz 9

06618 Naumburg

Telefon: 03445 703422

E-Mail: naumburg@jugendherberge.de

www.jugendherberge-naumburg.de

Umgebungskarte

